

auch ein Vrland und ein Volk nicht mit 200 000 Mann niederkomponieren. Haben wir vergessen, was ein geklossener nationaler Willen in der Frage der Ausübung der angeblichen Kriegsverbrecher erreicht hat, daß der nationale Willen, sobald das Selbstbestimmungsrecht in Oberschlesien nicht durch getrennte Abstimmung schmäler zu lassen, durchgedrungen ist? Und sieht durchaus bevor, darüber wird sich niemand darüber, aber es muß erragen werden in der Erwartung, daß auch Vrland die Gewaltspolitik nicht auf die Seite treten kann und das, wenn diese Gewaltspolitik infolge deutschen Abwehrwillens nicht das einbringt, was man erwartet, sich auch in Frankreich das Bild einmal ändern kann.

Gerade jetzt aber fehlt uns ein Führer, der das Volk aus seinem stummen Hindernissen aufzulösen weiß, der nicht nur dem Volk die Richtung weist, die es zu gehen hat, sondern der auch die Fraktionen durch seine Persönlichkeit zu einemheitlichem Vorgehen zusammenführt. Wer wird dieser Führer sein? Der Pariser Botschafter Dr. Mayer nicht, er hat es endgültig abgelehnt, die Würde auf sich zu nehmen. Und das ist mir so, denn er soll der Ansicht sein, daß ein Nein nicht ratsam ist. Es steht nun zu prüfen, daß wir in Dr. Stresemann den Mann zu sehen haben, dem das Steuer des Reichsschiffes für die nächste Zeit anvertraut werden soll. Er gehörte bisher zu denen, die für eine Bevölkerungs- und Durchführung des deutschen Willens bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit eintreten. In manchen Punkten des Ultimatums war eine Einigkeit nur Verständigungshilfen, die über zu einer Absehung kommen, da das Ultimatum eine vorbehalt- und bedingungslose Unterwerfung fordert, und weder eine Entwaffnung der Schlesier noch eine künftige Entwaffnung der bairischen Einwohnerwehren bei den geringsten Mitteln des Reiches möglich ist. Das heißt also von dem wegen der Verbandsverhältnisse in der Bevölkerung der Unterlande unzureichbaren momentanen Gedanken der Kriegsabrosetze. Bisher hat Dr. Stresemann diesen Standpunkt der Deutschen Botschaft bereit. Wie man aber nach den Montagverhandlungen annehmen kann, ist er in dieser Stellungnahme schwankend geworden und scheint nicht über Lust zu haben, einem einflussreichen Kreis in der Volkspartei zu folgen, den höheren Boden der Nationalpolitik zu verlassen und mit einem Eintritt in die Untergabe das Radikal der Simons-Politik unanständig zu überwinden. Aber noch heißt es, daß die Fraktion in ihrer Weisheit ihrem Führer auf diesen Boden nicht folgen würde, und noch ist der Umfall Stresemanns nicht vollzogen. Man braucht darum die Hoffnung nicht anzugeben, daß er letzten Endes von diesem Schritt Abstand nimmt. Bei einer Absehung würde Dr. Stresemann hinter sich stehen die Deutkonalen, die anhingt für Absehung eintreten, den ardhren Teil der Volkspartei und vermutlich auch überwiegend die Demokraten. Die Haltung des Zentrums ist fraglich, da nur ein Teil die ablehnende Auffassung teilt, während der Großteil unabdingbare Willkür führt auf einen Tag eine Frist erlaufen will. Erzberger ist anschließend wieder am Werk und das bedeutet Unheil. Die Unzufriedenheit der Untergabe bereitet Genußmehrheit, die Machtlosigkeitsdemokratie, die in einer gewundenen Erklärung zwar die Unterherrschaft der Bedingungen zugibt, aber dem Bürgertum die Verantwortung in die Schultern legen will. Baders soll sich beruhern, keine Einwohnerwehren zu entwaffnen. Es soll den leichten Schutz seiner inneren Ruhe und den starken Rückhalt zur inneren Sicherung Deutschlands aufrechterhalten, um den Sozialisten die Unterschrift zu erledigen. Und Bürgerliche Vater der deutschen Wirtschaft sollen für die Erfüllung der Bedingungen verantwortlich gemacht werden. Sie sollen die Organisation zur Sicherung der wirtschaftlichen Leistungen in die Hand nehmen, um dann das Odium der unabdingbaren Mehrheitsforderung auf sich nehmen. Daraus glaubt die Sozialdemokratie, legen zu können, wie die Schulz auf das böse Bürgertum fallen kann. Aus dieser Verteilung der Meinungen ergibt sich ein recht verschwommenes Bild in bezug auf das Vertrauen in die Regierung, da man vermutlich weißt, daß bei der Abstimmung wie vor zwei Jahren in Weimar, den Fraktionszweigen aufzuhören. Der Absehung händen dann die drei sozialistischen Parteien und ein Teil des Zentrums gegenüber, die vielleicht die Mehrheit erringen könnten. Was dann aber werden soll, weiß niemand; da die Sozialisten keine Mehrheit im Reichstag haben und das Zentrum allein mit den Sozialisten die Verantwortung für eine Untergabe annehmend doch nicht übernehmen will.

Wiles kann dann nach dem Plenum des Reichstages ab, der noch ungewisse Verantwortung bewahrt sein muss, und der sich nur einzeln und allein wieder auf den Boden der deutschen Sachverständigen stellen muss, wenn er nicht mit seiner Politik ins Überhol kommen will. Die Sachverständigen aber sind der Ansicht, daß Deutschland bei dem Verlust der Erfüllung der Londoner Umlaufverhältnisse in wenigen Monaten erstickt sein würde. Ganz absehbar von der wirtschaftlichen Überfüllbarkeit mithin wir über schon am 31. Mai wieder vor dem Einmarsch ins Auslandseintraten, da bis zu diesem Tage seinesfalls eine Entwaffnung der bairischen Einwohnerwehren erfolgt sein kann. Verhandelt uns ja förmlich verkündet, daß die „Sanktionen in der Schweiz“ sind, daß sobald irgendwelche Verfehlung kommt, die Sanktionen automatisch in Kraft treten. Daß sich irgend jemand in Deutschland für diese unterste Politik zu treiben? An erfreulicher Weise hat der Demokrat Conrad Hauckmann im „B. T.“ seinen Standpunkt, der nach einer rechtlichen Anmerkung des Blattes den der Mehrheit der demokratischen Reichstagsfraktion entspricht, sofern dahin zusammengefaßt: „Es fehlt und nach zweitensbstärktlicher Erfahrung der Glaube in die Gerechtigkeit des Generalstaates, jedes Vertrauen in seine bona fides. Frankreich wird einschätzbar, ob wir die Bedingungen annehmen oder nicht annehmen, aber seine Lage wird durch unsere neue Untergabe neu verbessert sein. Wir tun die Katastrophe nicht durch ein unerfüllbares da. Wir drohen und einen neuen Krieg.“ Diese Ansicht, die also nicht nur von der Meisten vertreten wird, drückt den Willen des Volkes aus. Nach ihm allein kann sich nur eine Reaktion in Deutschland richten, wenn sie nicht in kraftlicher Selbstverteidigung unter Volk der polnischen Unterherrschaft und Verherrlichung überantworten will. Und mit der Verbreitung eines klaren Nein, dem, wie es die Regierungsmehrheit befürchteten, auch noch einmal die allerdings nützliche Bedeutung unseres guten Willens angezeigt werden kann, wird es seiner Regierung schwer fallen, das künftige entmilitarisierte Volk aufzurütteln und sich im Volk einen Aufstand gegen Frankreich zu schaffen, auf dem sie fest der ersten schweren Rücksicht

## Unverändert ernste Lage in Oberschlesien.

Oppeln, 9. Mai. Die Lage im Aufstand gehoben muß nach den Meldungen, die bis zum 9. Mai abends vorlagen, nach wie vor als äußerst ernst anzusehen werden. Die Erregung in den Industriestädten ist besonders groß unter den zahlreichen Münzstädten, die um das Schicksal ihrer zurückgelassenen Angehörigen und ihres zurückgelassenen Eigentums sehr besorgt sind. In Polen und Hindenburg sind wiederum Verhaftungen zahlreicher deutschstämmiger Personen durch die Aufständischen erfolgt. Aus dem Kreis Tarnowitz wird die Beschlagnahme von Fahrzeugen und großen Mengen Spurkurs durch die Aufständischen gemeldet. Die Zmanas ansehungen dauern noch an, doch haben vielfach schon polnisch gesetzte Oberschlesier versucht, sich diesen Aushebungen zu entziehen. In der Stadt Katowitz wurde von polnischen Aufständischen ein Kraftwagen geraubt. In der Stadt Gleiwitz durchfahren bereits Kraftwagen mit polnischen Bewaffneten die Straßen. Der Bahnhof Katowitz ist infolge der zähnen Beschießungen durch italienische Truppen bisher nicht besetzt worden, dagegen stehen die Bahnhöfe in

Schlesien und Thüringen bis Ende der Aufständischen. Ursache der Besetzung des legitiemten Bahnhofes durch die Polen ist der Verlust auf der Straße Kreuzburg-Oppeln unterbrochen. (B. T. B.)

Ratibor, 9. Mai. Ratibor ist vollständig von dem übrigen Oberschlesien abgeschlossen. Die Funktionen des Kreiscommissars von Rybnik sind einem französischen Oberst übertragen worden. Die bisher sich geschlossen haltenden politischen Banden beginnen im Kreise Rybnik aufzulösen und die Dörfer systematisch auszufließen. Die Polen haben das an der Grenze der Kreise Ratibor-Rybnik gelegene Schloss Schönburg überfallen und vollständig ausgeraubt.

## Hebergriffe französischer Soldaten.

Oppeln, 9. Mai. Heute vormittag kam es in Oppeln zu einem bedauerlichen Vorfall. Ein von der Abstimmungspolizei festgenommener Pole wurde auf dem Transport von der errungen Wende vor dem Bahnhof in der Nähe von Form's Hotel erfaßt und tödlich angegriffen. Als er eine französische Parouille um Hilfe anrief und sich als Pole zu erkennen gab, machten die Franzosen ohne weiteres von ihren Schußwaffen Gebrauch und feuerten in die Menge. Ein einarmiger Kriegsinvalid wurde getötet und drei Personen schwer verletzt. In der Stadt entstand wegen dieses Vorfalls eine neue Erregung. Heute nachmittag erließen darauf die Vertreter der deutschen politischen Parteien in Oppeln folgende Bekanntmachung: Die bedauernlichen Hebergriffe französischer Soldaten heute mittag vor Form's Hotel hat die politische Leitung der deutschen Bevölkerung veranlaßt, bei dem kommandierenden General von Oppeln sofort die Forderung zu erheben, daß den französischen Posten das Schlecken verboten wird, solange sie nicht mit der Waffe in der Hand angegriffen werden. Diese Forderung ist bewilligt worden. Die französischen Soldaten dürfen also jetzt nur schließen, wenn sie angegriffen werden.

## Deutsche Selbsthilfe.

Breslau, 9. Mai. Blättermeldungen aus Oppeln anzeigen, daß eine Abordnung der deutschen oberösterreichischen Organisationen dem General Verdon die Frage vorgelegt, welche Schritte die interalliierte Kommission zum Schutze der Deutschen unternehmen wolle. Wenn bis Montag keine befriedigende Antwort vorliege, soll es unverzüglich zur Selbsthilfe geschritten werden.

Breslau, 9. Mai. Angesichts der politischen Bandenbildungen in Oberschlesien ist die Schnellpolizei im Regierungsbezirk Breslau wesentlich verstärkt worden.

## Oberschlesischen vor dem Botschafterrat.

Paris, 9. Mai. Der Botschafterrat setzte im Laufe des Vormittags die Prüfung der Maßnahmen fort, die geeignet sind, die Ordnung in Oberschlesien wiederherzustellen und die Gemüter wieder zu beruhigen. Er beschloß die Bevölkerung über den tatsächlichen Stand der Grenzregelungsfrage zu unterrichten. Diese unterliegt noch der Prüfung. Keinerlei Entscheidung des Rates ist bisher gefallen. Der Botschafterrat beschloß andererseits, einen Schritt bei der volkischen Regelung zu unternehmen, um sie aufzufordern, mit an der Wiederherstellung des Friedens zu arbeiten und sich nach Kräften zu bemühen, die polnische Bevölkerung in Oberschlesien zu beruhigen. Der Botschafterrat hält es für seine Ehrenpflicht, seine volle Anerkennung ausdrücklich über die Richtigkeit und den Erfolg, den die verbündeten Truppen bei den oberösterreichischen Unruhen bewiesen haben. Wallace wohnt der Sitzung bei. Der Botschafterrat der Vereinigten Staaten teilte dem Botschafterrat mit, daß seine Regierung ihn aufgefordert habe, seinen Platz unter seinen Kollegen als diplomatischer Vertreter der Vereinigten Staaten wieder einzunehmen. Jules Cambon sprach im Namen der Botschafter der Verbundesregierungen Wallace die Bekleidung aus, die der Botschaftsrat über seine erneute Teilnahme an seinen Arbeiten empfand. (B. T. B.)

Oppeln, 9. Mai. Die interalliierte Regierungs- und Plebiszitkommission erhält folgenden Aufruf an die oberösterreichische Bevölkerung: Die alliierten Mächte stimmen in der Beurteilung der in Oberschlesien vorgenommenen Unruhen vollständig überein. Die von den Alliierten zu treffende Entscheidung wird durch die Ereignisse in Oberschlesien in keiner Weise beeinflußt. Die alliierten Mächte werden zu gegebener Zeit zur Lösung der oberösterreichischen Frage schreiten und sich hierbei ausschließlich von dem Ergebnis der Abstimmung und den Festlegungen des Friedensvertrages leiten lassen. Der Vertreter Frankreichs, Präsident Verdon, der Vertreter Italiens, General de Martino, der Vertreter Großbritanniens, Beratet. (B. T. B.)

## Drohungen Karlsbad.

Berlin, 9. Mai. Der Führer der polnischen Aufständischen in Oberschlesien, Korant, hat mit Hilfe der amtlichen (I) polnischen Funkstelle in Posen am 8. Mai folgenden Aufspruch an den Reichskanzler gerichtet: Aus Sicherer Quelle erfahre ich, daß bewaffnete Erzgeschiene und in Zivil gekleidete Reichswehrsoldaten den Platten Droditz aus Konstadt, ferner einen gewissen Gruber-Kranz und zwei andere Personen aus Konstadt, sowie einen alten, gebrechlichen Greis, Szajatz aus Carlsruhe, Kreis Oppeln, als Geiseln verschleppt haben. Ich habe bis jetzt keine Geiseln genommen, weil ich das Geiselnnehmen für einen barbarischen Brauch halte. Wir haben lediglich Gefangene abgeführt, die mit der Waffe in der Hand abgeführt worden sind. Sie werden menschlich behandelt. Ich lasse Eure Exzellenzen wissen, daß, wenn die als Geiseln genommenen Polen nicht binnen 48 Stunden, d. h. bis Dienstag, den 10. d. M. abends, in ihre Wohnorte zurückgebracht und als freie Leute behandelt werden, ich am Mittwoch die doppelte Anzahl (I) der angekündigten Deutschen in den von unseren Truppen besetzten Gebieten als Geiseln in die Gefangenisse werden abschieben lassen.

Die Reichsregierung lehnt es ab, mit dem Führer der Aufständischen in Oberschlesien in irgendwelche Verhandlungen einzutreten und der Funkstreich in Heute morgen zugleich dem deutschen Bevollmächtigten in Oppeln übermittelt worden, um von dort aus den Tatbestand festzustellen und mit Hilfe der interalliierten Kommission die von Korant angekündigten Maßnahmen zu verhindern. Wenn Korant aber behauptet, er habe keine Geiseln nehmen lassen, so muß im Gegensatz dazu festgestellt werden, daß in zahlreichen Orten angesiedelte deutsche Bürger von den Insurgenten als Geiseln festgehalten und verschleppt worden sind und noch festgehalten werden. Von interallierten Kommission, von den alliierten Regierungen, sowie von der polnischen Regierung ist die Freilassung dieser Geiseln bereits vor drei Tagen gefordert worden. Im übrigen ist durch diesen Funkstreich erneut festgestellt, daß宣傳の der polnischen Regierung sich zur Verhinderung von Nachrichten aus dem Insurgentenlager zur Verfügung stellt. Auch hiergegen ist bei der polnischen Regierung vor einigen Tagen bereits Einspruch erhoben worden. (B. T. B.)

Hindenburg, 9. Mai. Die Polen verhafteten 20 Personen, deren Namen noch unbekannt sind. Gestern wurden Halle-Soldaten in Uniform in voller kriegerischer Ausbildung einwandfrei beobachtet. (B. T. B.)

## Polnischer Kohlenraub im Korridor.

Berlin, 9. Mai. Die Polen beschlagnahmten in ihrem „Korridor“ seit einiger Zeit die nach Ostpreußen verkehrenden Kohlentransporte und ließen dann bei der von ihnen angebotenen Entschädigungszahlung die polnische Mark der deutschen im Wert gleich. Um sich aber auch dieser Gegenleistung zu entziehen, bestimmen sie als Erfüllungssoort Bromberg, was nichts anderes heißt, als daß die von ihnen Geschäftigen überhaupt nicht in den Besitz des Geldes gelangen.

## Der Frankfurter Friede.

Von Gen. der Inf. Frhr. v. Breitig-Doringhausen.  
Am 18. Januar beginnen wir die Gedächtnisse des fünfzigjährigen Bestehens des Deutschen Reiches. Nicht anders wie damals empfinden wir heute am 10. Mai bei der Erinnerung an den Abschluß des Frankfurter Friedens sommerlich den Rückblick zwischen eins und jetzt. Bismarck hat einmal gesagt, von alten Erinnerungen, die wir mit seiner Vergangenheit verknüpft, seien wir die Friedensschlüsse die angenehmsten. Und er durfte sich ihrer in der Tat freuen. Es war wohl nicht nur der Rückblick auf das Ereignis, der ihm Befriedigung gewährte, sondern vor allem die Art, wie er zum Siege gelangte, wie sie hohe staatsmännische Weisung kennzeichnet. Sie ist 1871 selbst von der Gegenseite anerkannt worden. Dies ist somit damals nicht den Ausschlagungen der französischen Presse zu, die sich über die Ungerechtigkeit des Friedens, Kaiser Wilhelms Härte und Bismarcks Grausamkeit nicht genug erfreuen konnte. Thiers hatte den Krieg, den Frankfurter Frieden vor der Nationalversammlung gegen den Vorwurf, es sei ein unerhörter Akt der Ausbeutung der Seiten des Siegers, zu verteidigen. Und er war es nach den von Deutschland in einem sechsmonatigen Kriege, in dem es unausgelebt die größten militärischen Erfolge zu verzeichnen hatte, gebrachten Opfer in der Tat nicht.

Es galt vor allem Deutschland an seiner Westgrenze gegen neue französische Angriffe und Ausdehnungsgesellschaften, wie sie sich bis dahin in jedem Jahrhundert wiederholt hatten, sichergestellt. Aus diesem Grunde hat Bismarck die Erwerbung von Elsaß-Lothringen erstrebt. Dies erlöste ihm für die Sicherung Süddeutschlands unbedingt notwendig. Die Wiedergewinnung aller deutschen Gebiete hat bei ihm erst in zweiter Linie mitgesprochen. In Bezug auf militärische Sicherheit brachte der Frieden nur das unerlässliche Notwendige, nicht das Wünschenswerte. Belfort wurde preisgegeben und die deutsche Grenze in den Vogesen nicht westwärts über die Kammlinie vorgeschoben, das hat sich im Weltkrieg schwer gerächt. In Belfort und einer besseren Vogelsangrenze hätten wir 1914 einen wesentlich anstrengenderen Kriegsfall vornehmen können. Auch hat Bismarck nur ungern auf Belfort, diese Ansäßigkeiten Frankreichs, verzichtet. Bismarck aber kam es darauf an, schnell den Vertrag unter Tisch zu bringen, um eine unliebsame Einmischung Englands zu verhindern, und so hat er auf Belfort verzichtet, wiewohl er, wie Johanneshaller (Bismarcks Friedensschlüsse) nachgewiesen hat, es bei vermehrtem Nachdruck hätte haben können. Bismarck wird sich nicht verhehlt haben, daß trotz der von ihm bewiesenen Weisung nicht westwärts über die Kammlinie vorgeschoben, das hat sich im Weltkrieg schwer gerächt. In Belfort von Belfort und einer besseren Vogelsangrenze hätten wir 1914 einen wesentlich anstrengenderen Kriegsfall vornehmen können. Auch hat Bismarck nur ungern auf Belfort, diese Ansäßigkeiten Frankreichs, verzichtet. Bismarck aber kam es darauf an, schnell den Vertrag unter Tisch zu bringen, um eine unliebsame Einmischung Englands zu verhindern, und so hat er auf Belfort verzichtet, wiewohl er, wie Johanneshaller (Bismarcks Friedensschlüsse) nachgewiesen hat, es bei vermehrtem Nachdruck hätte haben können. Bismarck wird sich nicht verhehlt haben, daß trotz der von ihm bewiesenen Weisung nicht westwärts über die Kammlinie vorgeschoben, das hat sich im Weltkrieg schwer gerächt. In Belfort von Belfort und einer besseren Vogelsangrenze hätten wir 1914 einen wesentlich anstrengenderen Kriegsfall vornehmen können. Auch hat Bismarck nur ungern auf Belfort, diese Ansäßigkeiten Frankreichs, verzichtet. Bismarck aber kam es darauf an, schnell den Vertrag unter Tisch zu bringen, um eine unliebsame Einmischung Englands zu verhindern, und so hat er auf Belfort verzichtet, wiewohl er, wie Johanneshaller (Bismarcks Friedensschlüsse) nachgewiesen hat, es bei vermehrtem Nachdruck hätte haben können. Bismarck wird sich nicht verhehlt haben, daß trotz der von ihm bewiesenen Weisung nicht westwärts über die Kammlinie vorgeschoben, das hat sich im Weltkrieg schwer gerächt. In Belfort von Belfort und einer besseren Vogelsangrenze hätten wir 1914 einen wesentlich anstrengenderen Kriegsfall vornehmen können. Auch hat Bismarck nur ungern auf Belfort, diese Ansäßigkeiten Frankreichs, verzichtet. Bismarck aber kam es darauf an, schnell den Vertrag unter Tisch zu bringen, um eine unliebsame Einmischung Englands zu verhindern, und so hat er auf Belfort verzichtet, wiewohl er, wie Johanneshaller (Bismarcks Friedensschlüsse) nachgewiesen hat, es bei vermehrtem Nachdruck hätte haben können. Bismarck wird sich nicht verhehlt haben, daß trotz der von ihm bewiesenen Weisung nicht westwärts über die Kammlinie vorgeschoben, das hat sich im Weltkrieg schwer gerächt. In Belfort von Belfort und einer besseren Vogelsangrenze hätten wir 1914 einen wesentlich anstrengenderen Kriegsfall vornehmen können. Auch hat Bismarck nur ungern auf Belfort, diese Ansäßigkeiten Frankreichs, verzichtet. Bismarck aber kam es darauf an, schnell den Vertrag unter Tisch zu bringen, um eine unliebsame Einmischung Englands zu verhindern, und so hat er auf Belfort verzichtet, wiewohl er, wie Johanneshaller (Bismarcks Friedensschlüsse) nachgewiesen hat, es bei vermehrtem Nachdruck hätte haben können. Bismarck wird sich nicht verhehlt haben, daß trotz der von ihm bewiesenen Weisung nicht westwärts über die Kammlinie vorgeschoben, das hat sich im Weltkrieg schwer gerächt. In Belfort von Belfort und einer besseren Vogelsangrenze hätten wir 1914 einen wesentlich anstrengenderen Kriegsfall vornehmen können. Auch hat Bismarck nur ungern auf Belfort, diese Ansäßigkeiten Frankreichs, verzichtet. Bismarck aber kam es darauf an, schnell den Vertrag unter Tisch zu bringen, um eine unliebsame Einmischung Englands zu verhindern, und so hat er auf Belfort verzichtet, wiewohl er, wie Johanneshaller (Bismarcks Friedensschlüsse) nachgewiesen hat, es bei vermehrtem Nachdruck hätte haben können. Bismarck wird sich nicht verhehlt haben, daß trotz der von ihm bewiesenen Weisung nicht westwärts über die Kammlinie vorgeschoben, das hat sich im Weltkrieg schwer gerächt. In Belfort von Belfort und einer besseren Vogelsangrenze hätten wir 1914 einen wesentlich anstrengenderen Kriegsfall vornehmen können. Auch hat Bismarck nur ungern auf Belfort, diese Ansäßigkeiten Frankreichs, verzichtet. Bismarck aber kam es darauf an, schnell den Vertrag unter Tisch zu bringen, um eine unliebsame Einmischung Englands zu verhindern, und so hat er auf Belfort verzichtet, wiewohl er, wie Johanneshaller (Bismarcks Friedensschlüsse) nachgewiesen hat, es bei vermehrtem Nachdruck hätte haben können. Bismarck wird sich nicht verhehlt haben, daß trotz der von ihm bewiesenen Weisung nicht westwärts über die Kammlinie vorgeschoben, das hat sich im Weltkrieg schwer gerächt. In Belfort von Belfort und einer besseren Vogelsangrenze hätten wir 1914 einen wesentlich anstrengenderen Kriegsfall vornehmen können. Auch hat Bismarck nur ungern auf Belfort, diese Ansäßigkeiten Frankreichs, verzichtet. Bismarck aber kam es darauf an, schnell den Vertrag unter Tisch zu bringen, um eine unliebsame Einmischung Englands zu verhindern, und so hat er auf Belfort verzichtet, wiewohl er, wie Johanneshaller (Bismarcks Friedensschlüsse) nachgewiesen hat, es bei vermehrtem Nachdruck hätte haben können. Bismarck wird sich nicht verhehlt haben, daß trotz der von ihm bewiesenen Weisung nicht westwärts über die Kammlinie vorgeschoben, das hat sich im Weltkrieg schwer gerächt. In Belfort von Belfort und einer besseren Vogelsangrenze hätten wir 1914 einen wesentlich anstrengenderen Kriegsfall vornehmen können. Auch hat Bismarck nur ungern auf Belfort, diese Ansäßigkeiten Frankreichs, verzichtet. Bismarck aber kam es darauf an, schnell den Vertrag unter Tisch zu bringen, um eine unliebsame Einmischung Englands zu verhindern, und so hat er auf Belfort verzichtet, wiewohl er, wie Johanneshaller (Bismarcks Friedensschlüsse) nachgewiesen hat, es bei vermehrtem Nachdruck hätte haben können. Bismarck wird sich nicht verhehlt haben, daß trotz der von ihm bewiesenen Weisung nicht westwärts über die Kammlinie vorgeschoben, das hat sich im Weltkrieg schwer gerächt. In Belfort von Belfort und einer besseren Vogelsangrenze hätten wir 1914 einen wesentlich anstrengenderen Kriegsfall vornehmen können. Auch hat Bismarck nur ungern auf Belfort, diese Ansäßigkeiten Frankreichs, verzichtet. Bismarck aber kam es darauf an, schnell den Vertrag unter Tisch zu bringen, um eine unliebsame Einmischung Englands zu verhindern, und so hat er auf Belfort verzichtet, wiewohl er, wie Johanneshaller (Bismarcks Friedensschlüsse) nachgewiesen hat, es bei vermehrtem Nachdruck hätte haben können. Bismarck wird sich nicht verhehlt haben, daß trotz der von ihm bewiesenen Weisung nicht westwärts über die Kammlinie vorgeschoben, das hat sich im Weltkrieg schwer gerächt. In Belfort von Belfort und einer besseren Vogelsangrenze hätten wir 1914 einen wesentlich anstrengenderen Kriegsfall vornehmen können. Auch hat Bismarck nur ungern auf Belfort, diese Ansäßigkeiten Frankreichs, verzichtet. Bismarck aber kam es darauf an, schnell den Vertrag unter